

schaften bilden soll. Eine neue umweltfreundliche Energiepolitik zu entwickeln, braucht die Unterstützung der „entwickelten“ Länder; zumindest ist dies die Position, die Tunesien während der letzten Umweltkonferenz in Warschau im November 2013 einnahm. „Es wird dringend, dass die entwickelten Länder ihr Versprechen halten“, und den Entwicklungsländern, unter anderem durch Subventionen bei der Energietransition helfen, so Mohamed Salmen, ehemaliger Minister für Infrastrukturen und Umwelt. Eine eher

traditionelle Haltung vertretend, erinnerte Salmen an die Verabschiedungen in Durban: Die Verantwortung müsse geteilt, aber differenziert sein, mit besonderem Blick auf die Entwicklung der ärmeren Länder. Tunesien habe immer willentlich an den internationalen Bemühungen teilgenommen, um gegen die Klimaerwärmung zu kämpfen, trotz der politischen Herausforderungen und Tunesiens geringer Mittel, so Salmen. Der weitere Weg dürfe jedoch die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht behindern, fügte er hinzu.

## TÜRKEI

*Nihat Karagöz | Colin Dürkop*

### TÜRKEI: ZIELKONFLIKTE ZWISCHEN ENERGIE-, KLIMA- UND WACHSTUMSZIELEN

#### Energiepolitik und -sicherheit

*Aus staatlicher Sicht:* Der türkische Energiesektor steht bisher auf drei Säulen (Erdgas, Braunkohle und Wasserkraft). Künftig sollen verstärkt erneuerbare Ressourcen sowie Atomkraft eingesetzt werden. Laut Ministerium für Energie und Natursressourcen (ETKB) sollen möglichst eigene natürliche Ressourcen zur Energiegewinnung genutzt werden, um die Abhängigkeit vom Ausland zu reduzieren. Prioritäres Ziel sei, die Türkei als führende Regionalmacht aus eigenen natürlichen Ressourcen mit Energie zu versorgen. Die Türkei ist reich an erneuerbaren Ressourcen und will die Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen weiter vorantreiben. Um Energie aus Wasser-, Wind-, Sonnen- und Geothermalkraft zu gewinnen, habe die Regierung die nötigen rechtlichen Grundlagen geschaffen und bürokratische Hindernisse beseitigt. Die Energiegewinnung aus Wasser- und Windkraft hat in der letzten Dekade erhebliche Zuwächse. Die Energiepolitik möchte die geostrategische Lage der Türkei wirksam nutzen, um das Land zu einer Drehscheibe bzw. einem Korridor für Energierohstoffe zu machen.

Das Strategische Forschungszentrum des Außenministeriums (SAM) sieht die Türkei als einen Korridor für Energierohstoffe aus dem Kaukasus, Nahen Osten sowie Zentralasien in Richtung Europa.<sup>1</sup> Außenpolitische Strategie sei es, durch eine Verstärkung der

Interdependenz zwischen Staaten Stabilität zu ermöglichen. Die Türkei sei die geografisch „sicherste Route“ für den Transport von Energierohstoffen von Ost nach West und von Nord nach Süd. Dieser Sachverhalt könnte daher dabei helfen, Energiesicherheit zu gewährleisten sowie Frieden und Stabilität in rohstoffreichen Ländern zu schaffen.

*Aus öffentlicher Sicht:* Der öffentliche Diskurs über die Energiepolitik der Türkei betont den durch das Wirtschaftswachstum bedingten „Energiehunger“. Beachtung findet das staatliche Ziel, das Wirtschaftswachstum zu fördern und dabei unabhängiger von ausländischen Energiequellen zu werden. Im Jahr 2002 wurde der nationale Energiebedarf zu 69 Prozent aus ausländischen Quellen gespeist, 2010 zu 73 Prozent. Die Regierung war also nur teilweise erfolgreich in der Umsetzung ihres oben genannten Ziels. Einen wirtschaftlichen Aufschwung hat es aber dennoch gegeben. Die Türkei ist zu 98 Prozent von ausländischem Erdgas und zu 92 Prozent von ausländischem Erdöl abhängig. Die Regierung möchte das Land unabhängiger von Erdgas machen, indem sie Energie aus Braunkohle und Atomkraft erzeugt. Die Atomkraft stößt mit Blick auf die potenzielle Gefahr einer Umweltkatastrophe auf Kritik. So schreibt Necdet Pamir beispielsweise, dass die Türkei einen radikalen Paradigmenwechsel in ihrer Energiepolitik benötige.<sup>2</sup> Das Land habe mehr als genug indigene Energiequellen, insbesondere erneuerbare Ressourcen. Die Atomkraft sei risikoreich und damit nicht umweltfreundlich.

1 | Vgl. Murat Yesiltaş und Ali Balci, „A Dictionary of Turkish Foreign Policy in the AK Party Era: A Conceptual Map“, *SAM Papers*, 07/2013, Ankara.

2 | Vgl. Necdet Pamir, „Turkey: Going Nuclear or What?“, *Reflections Turkey*, 03/2012, Istanbul.

Im öffentlichen Diskurs wird aber auch die zentrale Bedeutung der Türkei für die europäische Energiesicherheit betont. Für Korsunsky sind die Türkei und die Ukraine essenzielle Partner in der Energiepolitik der EU.<sup>3</sup> Ferner würden sie künftig die Hauptrouten für das kaspische Erdgas aus Turkmenistan und Aserbaidschan in Richtung EU bilden. Die südliche Route über die Türkei sowie die Modernisierung des ukrainischen Transitsystems würden einen signifikanten Beitrag für die Zukunft des europäischen Projekts leisten.

*Aus medialer Sicht:* Der mediale Diskurs orientiert sich in der Regel an der politischen Ausrichtung der Medien. Die Wirtschaftszeitung *Dünya* widmet dieser Thematik regelmäßige eine Seite. Regierungsnahe Medien richten ihren Blick meist auf die Ziele, Maßnahmen und Erfolge der staatlichen Energiepolitik. So berichtet die Zeitung *Sabah* beispielsweise von den Fortschritten der Türkei im Energiesektor.<sup>4</sup> Die Türkei erziele mit ihrer Energiepolitik nationale und internationale Erfolge. Das Land habe sich zu einem wichtigen energiepolitischen Spieler auf der nahöstlichen Bühne entwickelt. Regierungskritische Medien wie die Zeitung *Cumhuriyet* berichteten dagegen beispielsweise vom 7. Energiesymposium der Union der Kammern Türkischer Ingenieure und Architekten (TMMOB), auf dem die Notwendigkeit erneuerbarer Energieressourcen und einer auf den Menschen fokussierten Energiepolitik betont wurde.<sup>5</sup> Die Energiepolitik, insbesondere die Energiesicherheit, wird auch vor dem Hintergrund aktueller Krisen im Nahen Osten thematisiert. Die Zeitung *Vatan* schreibt beispielsweise über die Irak-Krise und ihren Einfluss auf den Erdölimport.<sup>6</sup> Sie zitiert dabei den türkischen Energieminister Taner Yıldız, wonach es angesichts der aktuellen Entwicklungen im Irak zu keinen Importausfällen nordirakischen Erdöls kommen werde.

### Klimawandel und Klimaschutz

*Aus staatlicher Sicht:* Die Türkei ist von den Folgen des Klimawandels (z. B. Wassermangel und landwirtschaftliche Produktion) signifikant betroffen. Sie hat das Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der UNFCCC unterschrieben und das Kyoto-Protokoll

ratifiziert. Aufgrund ihrer Sonderstellung ist sie noch von Emissionsreduktionspflichten befreit.<sup>7</sup> U. a. ist das Ministerium für Umwelt und Städtebau sowie das Umwelt- und Forstministerium aktiv an der Gestaltung der türkischen Umweltpolitik beteiligt. Vor dem Hintergrund des Klimaschutzes will die Regierung bei der Förderung und Nutzung natürlicher Ressourcen zur Energiegewinnung negative Umweltfolgen auf ein Minimum reduzieren. Gleichzeitig wird ausdrücklich betont, dass der Energiebedarf der Türkei steigt. Um diesen Energiebedarf zu decken und dabei Rücksicht auf die Umwelt zu nehmen, hat sich die Regierung zum 100. Jubiläum der Türkischen Republik im Jahr 2023 zentrale Ziele gesetzt. Sie will sämtliche natürlichen Ressourcen des Landes nutzen, die Nutzung erneuerbarer Ressourcen maximieren, die Atomkraft als eine alternative Energiequelle bis zum Jahr 2020 an die Elektrizitätserzeugung anbinden und die Energiegewinnung schließlich auf EU-Standard bringen. Seit 2006 gibt es einen deutsch-türkischen Umweltlenkungsausschuss, der alternierend in Deutschland und der Türkei tagt und seither zahlreiche bilaterale Projekte in Kooperation mit u. a. GIZ, KfW auf deutscher Seite und der staatlichen Wasserbehörde DSI oder dem türkischen Städtebund durchgeführt hat. Mit der kommenden G20-Präsidentschaft sowie dem Vorsitz bei den weiteren G-Formaten werden von der Türkei weitere Impulse in Richtung auf eine abgestimmte Kooperation bei klimapolitischen Initiativen erwartet.

*Aus öffentlicher Sicht:* Verschiedene Forschungseinrichtungen befassen sich mit dem Klimawandel sowie dem Klimaschutz in der Türkei. Laut dem Institut für Strategisches Denken (SDE) hat die Türkei im Energie-, Abfall-, Transport- und Forstsektor viele Klimaschutzprojekte unternommen.<sup>8</sup> Im Jahr 2005 seien das Gesetz zur Erneuerbaren Energie und 2007 das Gesetz zur Energieeffektivität verabschiedet worden. Im Transportsektor würden vermehrt alternative und hochwertige Treibstoffe sowie neue Fahrzeuge mit neuen Technologien genutzt. Ferner würden in Großstädten Schienenverkehrsmittel wie die Metro zum Einsatz kommen. Z. B. wird vom Marmaray-Projekt in Istanbul eine Reduzierung von Treibhausgasen i. H. von 130 Tonnen erwartet. Im Abfallsektor steige die Zahl von Müllverarbeitungsanlagen mit modernen Systemen. Zwischen 2008 und 2012 sind 2,3 Millionen Hektar Fläche aufgeforstet worden. Die Türkei hat sich

3 | Vgl. Sergiy Korsunsky, „The European Project and Geopolitics of Energy“, *Turkish Policy Quarterly*, 01/2012, Istanbul.

4 | Kerim Ülker, „Türkiye enerjinin yeni lideri“, *Sabah*, 25.05.2014, <http://sabah.com.tr/Ekonomi/2014/05/25/turkiye-enerjinin-yeni-lideri> [28.07.2014].

5 | „İnsan odaklı enerji politikaları hayata geçirilmeli“, *Cumhuriyet*, 26.10.2010, <http://cumhuriyet.com.tr/haber/diger/115050> [28.07.2014].

6 | „Kuzey Irak petrolünde kritik tarih!“, *Vatan*, 16.06.2014, <http://gazetevatan.com/kuzey-irak-petrolunde-kritik-tarih--649029-ekonomi> [28.07.2014].

7 | Vgl. T.C. Enerji ve Tabii Kaynaklar Bakanlığı, „Enerji-Çevre-İklim Değişikliği“, 03.02.2014, <http://bit.ly/1nTyZMX> [28.07.2014].

8 | Vgl. Turgay Kart, „Kyoto Protokolü ve Türkiye“, *Stratejik Düşünce Enstitüsü, Türkiye Ekonomisi*, 30.04.2013, <http://sde.org.tr/tr/newsdetail/kyoto-protokolü-ve-turkiye/3313> [28.07.2014].

mit Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls grundsätzlich dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 zu reduzieren, hat sich aber einen Sonderstatus bezüglich der Minderungsverpflichtungen erwirkt.

*Aus medialer Sicht:* Klimatische Anomalien wie das Sinken des Wasserpegels von Staudämmen in Großstädten wie Istanbul infolge ausbleibenden Regens und der damit verbundene Wassermangel führen zu einem zunehmenden medialen Diskurs über den Klimawandel und seine Folgen. So identifiziert die Zeitung *Vatan* beispielsweise den Klimawandel als Ursache für die aktuelle Trockenheit in der Türkei. Aber auch über vereinzelte zivilgesellschaftliche Proteste, zum Beispiel gegen den Bau von Wasserkraftwerken und der damit verbundenen lokalen Umweltzerstörung, wird berichtet. Der Klimaschutz scheint eine immer wichtigere Rolle in der Wahrnehmung der Menschen zu spielen. Internationale Klimagipfel wie die Weltklimakonferenz in Warschau finden ebenfalls Beachtung in türkischen Medien. Dabei werden die Fortschritte der türkischen Regierung beim Klimaschutz je nach politischer Ausrichtung der Medien unterschiedlich bewertet. Die oppositionelle Zeitung *Cumhuriyet* kritisierte beispielsweise unter dem Motto „beim Klima sind wir sitzengeblieben“, dass die Türkei lediglich den 54. Platz von insgesamt 58 Staaten in der Umsetzung einer besseren Klimapolitik einnehme. Einen wichtigen Faktor in der Berichterstattung



*Der Vansee im Osten der Türkei ist der größte See des Landes. Die Regulierung des Wasserstands erfolgt einzig über Verdunstung.*

über Klimawandel und -schutz in der Türkei bildeten die Gezi-Proteste. Seither wird vermehrt darüber berichtet, wie an der Basis gegen staatliche Baumaßnahmen in der Natur protestiert wird. So schreibt die liberale Zeitung *Taraf* beispielsweise über den lokalen Protest gegen die Errichtung eines Bergwerks in der Provinz Tekirdağ. Letztendlich bleiben Klimawandel und Klimaschutz jedoch eher Nebenthema in den türkischen Medien.